In der Senatssitzung am 16. Februar 2021 beschlossene Fassung

Senatskanzlei
Referat 32 Int. Kooperationen und Entwicklungszusammenarbeit

08.02.2021

Vorlage für die Sitzung des Senats am 16.02.2021

17. Bremer Solidaritätspreis 2021

A. Problem

Der Bremer Solidaritätspreis wird alle zwei Jahre vom Senat der Freien Hansestadt Bremen verliehen. Er soll eine Ermutigung für Personen oder Initiativen sein, die sich in besonderer Weise für die Überwindung von Ungerechtigkeit im Nord-Süd-Verhältnis und der Folgen von Kolonialismus und Rassismus sowie für Demokratie und Menschenrechte einsetzen.

Mit dem Preisgeld in Höhe von € 10.000.- wird eine Plastik des Bremer Bildhauers Bernd Altenstein überreicht, die das Märchen der Bremer Stadtmusikanten auf seinen Kern zurückführt und als Symbol für die Stärke solidarischen Handelns aufgreift. Zur Vorbereitung der Verleihung des Bremer Solidaritätspreises hat der Senat durch Beschluss vom 07.03.1989 ein unabhängiges Kuratorium eingesetzt, das gemeinsam aktuelle Themensetzungen für die Ausschreibungen zum Solidaritätspreis entwickelt sowie die eingehenden Nominierungen bewertet und dem Senat Vorschläge für würdige Preisträger*innen unterbreiten soll.

Die Ausschreibungen zu den Solidaritätspreisen haben jeweils einen thematischen Schwerpunkt, der entwicklungspolitische Herausforderungen und aktuelle globale Problematiken aufnimmt. Beim 17. Bremer Solidaritätspreis steht das Engagement von Personen oder Initiativen im Vordergrund, die sich vor Ort in Ländern des Globalen Südens **gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen** einsetzen. Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist eine der am weitesten verbreiteten Menschenrechtsverletzungen weltweit. Sie stellt zudem ein großes Hindernis für Entwicklung dar, mit Auswirkungen auf alle gesellschaftlichen Bereiche.

Auszug aus dem Ausschreibungstext:

„*Mit dem 17. Bremer Solidaritätspreis sollen daher zivilgesellschaftliche Initiativen, Dachverbände oder einzelne Personen ausgezeichnet werden, die sich in ihrem lokalen oder nationalen Umfeld gegen Gewalt an Frauen und Mädchen einsetzen. Gesucht werden Akteur*innen aus dem globalen Süden, die Gewalt an Frauen und Mädchen durch Prävention, Lobbyarbeit für verbesserte rechtliche oder politische Rahmenbedingungen oder durch Empowerment relevanter Akteur*innen bekämpfen oder sich konkret für betroffene Frauen und Mädchen vor Ort einsetzen*."

(vollständiger Ausschreibungstext siehe Anlage 1)

Nach Würdigung der dreißig eingegangenen Vorschläge plädiert das Kuratorium einvernehmlich für einen Vorschlag, der dem Senat hiermit unterbreitet wird.

Die Verleihung des 17. Bremer Solidaritätspreises wird auf Grund der Corona-Pandemie erst für den Herbst 2021 vorgesehen, um die Möglichkeit einer Präsenzveranstaltung zu erhöhen. Als Laudatorin hat Kuratoriumsmitglied Dr. Monika Hauser, Gründerin und geschäftsführendes Vorstandsmitglied von *medica mondiale* e.V. sowie Trägerin des alternativen Nobelpreises (Right Livelihood Award) zugesagt. Die Frauenrechts- und Hilfsorganisation medica mondiale unterstützt weltweit Hilfsprojekte für Frauen und Mädchen, die von sexualisierter Kriegsgewalt betroffen sind. Darüber hinaus leistet die Organisation politische Aufklärungsarbeit über die Lage von Frauen und Mädchen in Kriegs- und Krisengebieten weltweit, kämpft gegen sexualisierte Kriegsgewalt und fordert nachdrücklich Geschlechtergerechtigkeit ein.

B. Lösung

Das Kuratorium unterbreitet dem Senat den folgenden Vorschlag (siehe Anlage 2):

Vergabe des 17. Bremer Solidaritätspreises an

Frau Rukmini Vaderapura Puttaswamy aus Indien

als Aktivistin, Frauenrechtlerin, Präsidentin und Mitbegründerin der ausschließlich von Frauen geführten Gewerkschaft *Garment Labour Union* (GLU) sowie der Fraueninitiative „Vorwärts marschieren" (*Munnade*)

Eine ausführliche Begründung des Kuratoriums ist dieser Vorlage beigefügt (siehe Anlage 3).

Im indischen Bangalore sind etwa eine halbe Million Arbeiter*innen in den über 1.000 dort ansässigen Fabriken der Textilindustrie beschäftigt. Der Großteil von ihnen sind Frauen. Die Arbeitsverhältnisse vor Ort sind äußerst prekär und geprägt von einem hohen Produktionssoll, geringen Löhnen sowie Gewalt und sexueller Belästigung durch Vorgesetzte und Kollegen. Auch verbaler und psychischer Gewalt wie Demütigung, Beschimpfung und Diskriminierung sieht sich insbesondere die weibliche Belegschaft ausgesetzt. Vorgesetzte und Arbeitgeber nutzen systematisch die ökonomische Abhängigkeit der Textilarbeiter*innen für Unterdrückung und sexualisierte Misshandlung.

Frau Rukmini Vaderapura Puttaswamy war selbst als Textilarbeiterin tätig und kennt die Arbeitsbedingungen in den Fabriken. Seit 20 Jahren engagiert sie sich für die Rechte der Arbeiter*innen in der Textilindustrie und gilt als Vorkämpferin in diesem Bereich sowie als leidenschaftliche Aktivistin gegen geschlechtsspezifische Gewalt. Im Jahr 2004 gründete sie mit anderen Frauen die gemeinnützige Frauenorganisation *Munnade* („Vorwärts marschieren“). Die Organisation klärt Frauen über ihre Rechte auf, setzt sich gegen häusliche Gewalt und das männlich dominierte Gesellschaftsbild ein und unterstützt die Opfer von Diskriminierung und Ausbeutung.

Im Jahr 2006 gründete sie mit anderen Aktivistinnen die ausschließlich von Frauen geführte Gewerkschaft *Garment Labour Union* (GLU). Dies war vor allem darin begründet, dass die männlich geführten Gewerkschaften die Interessen der weiblichen Belegschaft in den Fabriken nicht im Blick haben. Zudem wird sexuellen Übergriffen weder vorgebeugt, noch werden diese aufgearbeitet. Gemeinsam kämpfen die Aktivistinnen für den Schutz der Arbeitsrechte, für angemessene Löhne und dafür, dass Frauen sich organisieren können. Hierfür bieten sie Beratungen, Trainings und Seminare an. Sie setzen hiermit an einem strukturellen Problem an, da die Textilarbeiter*innen in Bangalore am Ende der internationalen Lieferkette stehen.

C. Alternativen

Das Kuratorium hat sich bewusst entschieden, dem Senat nur diese eine Kandidatin vorzuschlagen, da das Engagement von Frau Vaderapura Puttaswamy von übergreifender Bedeutung ist. Grundsätzlich ist Gewalt gegen Frauen und Mädchen ein gesamtgesellschaftliches und strukturelles Problem in vielen Ländern weltweit. Das Engagement der Kandidatin setzt jedoch zudem an einer Problematik an, für die auch die internationale Gemeinschaft zum überwiegenden Teil mitverantwortlich ist: Multinationale Modekonzerne, die ihre Sorgfaltspflichten zur Prüfung von Sozial- und Umweltstandards in der Lieferkette nicht einhalten, Konsument*innen in ihrem Einkaufsverhalten und die Politik, die ihre rechtlichen Möglichkeiten, beispielsweise durch ein verbindliches Lieferkettengesetz mit zivilrechtlicher Haftung für Unternehmen, nicht nutzt.

D. Finanzielle, personalwirtschaftliche und genderbezogene Auswirkungen

Für durch die Preisverleihung entstehende Kosten sind Mittel im Haushalt der Senatskanzlei 2020/2021 eingeplant. Der Solidaritätspreis ist mit 10.000 Euro dotiert, die sich aus Mitteln der Senatskanzlei und der privaten R+R-Reinke-Stiftung speisen.

Das Kuratorium hat die Gender-Frage seit Stiftung des Solidaritätspreises in Ausschreibung und Empfehlung stets berücksichtigt. Insgesamt wurden mehr Frauen als Männer ausgezeichnet; dies spiegelt das große Engagement von Frauen auf den für den Preis relevanten Gebieten und ihre besondere Rolle in Friedens- und Versöhnungsprozessen sowie im sozialen Bereich wider. Auch für den 17. Bremer Solidaritätspreis wird eine Frau als Preisträgerin favorisiert.

E. Beteiligung und Abstimmung

Nicht erforderlich

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheits-gesetz

Zur Veröffentlichung erst nach Zustimmung der Preisträgerin oder ihrer Vertretung zur Annahme des Preises geeignet.

G. Beschluss

Der Senat beschließt, den 17. Solidaritätspreis an Frau Rukmini Vaderapura Puttaswamy, Aktivistin gegen geschlechtsspezifische Gewalt, Frauenrechtlerin, Präsidentin und Mitbegründerin der frauengeführten Gewerkschaft Garment Labour Union (GLU) sowie der Fraueninitiative „Vorwärts marschieren“ (Munnade), zu vergeben. Der Preis wird Frau Vaderapura Puttaswamy sowohl für ihr persönliches Engagement als auch stellvertretend für die Garment Labour Union verliehen.

Anlagen

- Anlage 1 - Ausschreibungstext zum 17. Bremer Solidaritätspreis
- Anlage 2 - Nominierung Rukmini Vaderapura Puttaswamy
- Anlage 3 - Begründung des Kuratoriums für den Senat zur Vergabe des 17. Bremer Solidaritätspreises

Freie Hansestadt Bremen

Ausschreibung zum 17. Bremer Solidaritätspreis

Der Bremer Solidaritätspreis wird alle zwei Jahre vom Senat der Freien Hansestadt Bremen verliehen. Er ist mit 10.000 € dotiert und soll Personen und Initiativen ermutigen und würdigen, die sich für Menschenrechte und Demokratie sowie gegen die Folgen von Kolonialismus und Rassismus einsetzen. Im Jahr 2021 soll mit dem Solidaritätspreis zivilgesellschaftliches Engagement besonders auf folgendem Gebiet gewürdigt werden:

Gewalt an Frauen und Mädchen ist ein gravierendes globales Problem, das keine geografischen oder kulturellen Grenzen kennt. Sie ist eine der am weitesten verbreiteten Menschenrechtsverletzungen und ein Haupthindernis für Entwicklung, mit Auswirkungen auf alle gesellschaftlichen Bereiche.

Die Thematik ist zwar in den letzten Jahren stärker in das internationale öffentliche Bewusstsein gelangt, da vor allem Frauen aus allen Altersgruppen, Gesellschaftsschichten und auf verschiedenen Kontinenten ihren Protest laut und hörbar auf die Straße tragen. Doch tatsächlich hat sich die Situation für Frauen und Mädchen nicht wesentlich verbessert, denn traditionelle Rollenbilder dominieren nach wie vor alle Gesellschaften. Internationale Menschenrechtskonventionen und Resolutionen (UN-Frauenrechtskonvention CEDAW, UN-Resolution 1325/2000, Istanbul-Konvention des Europarates, Ziel 5.2 der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen) verpflichten die Vertragsstaaten, alle Formen von Gewalt gegen alle Frauen und Mädchen im öffentlichen und im privaten Bereich einschließlich des Menschenhandels und sexueller und anderer Formen der Ausbeutung zu beseitigen. Doch die Durchsetzung der Menschenrechte für Frauen und Mädchen und selbst die Umsetzung bestehender Gesetze scheitert immer wieder an politischem und gesellschaftlichem Unwillen zum Handeln.

Frauen und Mädchen haben oftmals unter geschlechtsspezifischer Gewalt zu leiden. Diese kann verschiedene Ausprägungen haben, von psychischem Druck über körperliche oder sexualisierte Gewalt und Ausbeutung, bis hin zu weiblicher Genitalverstümmelung, Zwangsverheiratung und Frauenhandel. Gewalt an Frauen und Mädchen findet überall statt. Der Kontext reicht dabei von häuslicher Gewalt im familiären Umfeld bis hin zu Kriegs-, Krisen- und Fluchtsituationen. Die Gründe für Gewalt an Frauen sind vielschichtig und liegen grundsätzlich in den patriarchalen Strukturen und den vorherrschenden Geschlechterrollenbildern begründet. Gewalt ist immer auch Ausdruck ungleicher Machtverhältnisse zwischen Frauen und Männern.

Mit dem 17. Bremer Solidaritätspreis sollen daher zivilgesellschaftliche Initiativen, Dachverbände oder einzelne Personen ausgezeichnet werden, die sich in ihrem lokalen oder nationalen Umfeld gegen Gewalt an Frauen und Mädchen einsetzen.
Gesucht werden Akteur*innen aus dem globalen Süden, die Gewalt an Frauen und Mädchen durch Prävention, Lobbyarbeit für verbesserte rechtliche oder politische Rahmenbedingungen oder durch Empowerment relevanter Akteur*innen bekämpfen oder sich konkret für betroffene Frauen und Mädchen vor Ort einsetzen.

Die Auszeichnung ist auch mit der Absicht verbunden, dass die so geschaffene Öffentlichkeit einen Beitrag zum Schutz der Preisträgerin bzw. des Preisträgers leisten kann.
Begründete Vorschläge für mögliche Preisträger*innen können bis zum **15. Juli 2020** an folgende Anschrift gesendet werden:

Geschäftsführung des Kuratoriums zum Bremer Solidaritätspreis
c/o Senatskanzlei Freie Hansestadt Bremen
z.Hd. Frau Silke Goethe
Ansgaritorstr. 22
28195 Bremen
E-Mail: silke.goethe@sk.bremen.de

Weitere Informationen zum Bremer Solidaritätspreis finden Sie unter:
www.rathaus.bremen.de/solidaritaetspreis

Vorschlag 9

Rukmini Vaderapura Puttaswamy (Garment Labour Union (GLU) / Gewerkschaft der Bekleidungsindustrie)

Indien

Einsatz für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und gegen die Benachteiligung von Frauen in der indischen Textilindustrie

Vorgeschlagen von: Birgit Zenker, FEMNET e.V.

Im indischen Bangalore sind mehr als 1.000 Fabriken der Textilindustrie ansässig, in denen rund eine halbe Million Arbeiter*innen beschäftigt sind. Die Beschäftigungsverhältnisse sind prekär und geprägt von einem hohen Arbeitsdruck durch ein unrealistisches Produktionssoll, Diskriminierung, Demütigung, Gewalt, einem nicht existenzsichernden Lohn und unbezahlten Überstunden. Diese Umstände machen es den Textilarbeiter*innen unmöglich, ein Leben in Würde zu führen. Die Behinderung gewerkschaftlicher Arbeit sorgt dafür, dass nur etwa fünf Prozent der Arbeiter*innen Mitglieder einer Gewerkschaft sind und ein Großteil ihre Rechte nicht kennt.

Genau an diesem Punkt setzt die erste frauengeführte Gewerkschaft Indiens, die *Garment Labour Union, kurz GLU,* (Gewerkschaft der Bekleidungsindustrie), an. Diese kämpft für die Rechte der Arbeiter*innen in der Bekleidungsindustrie, für den Schutz der Arbeitsrechte, für angemessene Löhne und dafür, dass Frauen sich organisieren können. Dafür bieten sie Beratungen, Trainings und Aufklärungsseminare an, verteilen Informationsmaterial und rufen zu Demonstrationen und Kampagnen auf. Ihre Arbeit und Beratungsmöglichkeiten umfassen auch die Unterstützung von Betroffenen häuslicher oder geschlechtsspezifischer Gewalt.

Eine der Mitbegründerinnen der GLU ist Rukmini Vaderapura Puttaswamy, die selbst als Näherin tätig war und ihre Rechte nicht kannte. Nachdem sie anfing sich gewerkschaftlich zu engagieren, musste sie selbst Diskriminierung und Einschüchterung durch ihren Arbeitgeber ertragen, wurde sogar suspendiert und dann freigestellt. 2004 gründete sie gemeinsam mit anderen Frauen die Fraueninitiative Munnade („Vorwärts marschieren“) mit dem Ziel, Frauen über ihre Rechte aufzuklären und sich gegen Diskriminierung, häusliche Gewalt und das männlich dominierte Gesellschaftsbild zu engagieren. Die Gründung der Garment Labour Union entstand aus dem mangelnden Schutz vor sexueller Belästigung heraus, der sich Frau Vaderapura und ihre Aktivistenkolleginnen während ihrer Tätigkeit bei der Gewerkschaft Garment and Textile Workers Union (GATWU) ausgesetzt sahen. Für die Textilarbeiterinnen sind Misshandlungen und Schläge, sexuelle Belästigungen und Drohungen von Kollegen und Vorarbeitern an der Tagesordnung. Die zentralen Gewerkschaften haben die Interessen von Frauen und ihren Schutz sowie das Thema sexuelle Gewalt nicht im Blick. Bei der GLU hingegen sind dies die zentralen Inhalte. Es ist auch der Beharrlichkeit von Frau Vaderapura zu verdanken, dass das

Schweigen gegenüber gender based violence (gbv) in einem der bedeutendsten Wirtschaftszweige Indiens endlich gebrochen wurde.

Heute sind Munnade und GLU unter einem Dach vereint. Frau Vaderapuras Ziel ist es, die Verhältnisse von Grund auf zu ändern und für die Gleichberechtigung der Geschlechter zu kämpfen. Hier sieht sie auch die großen internationalen Modeketten in der Verantwortung, ihrer Sorgfaltspflicht nachzukommen und appelliert an Konzerne und Verbraucher*innen. Aktuell nutzt die indische Regierung die Covid-19 Pandemie, um die Arbeitsrechte massiv einzuschränken, was zu Protesten der zentralen Gewerkschaften führt. Die GLU wurde unter Drohungen der Polizei an der Teilnahme an den Protesten gehindert.

Frau Vaderapura geht als Aktivistin, Frauenrechtlerin und Lobbyistin seit zwanzig Jahren couragiert und entschlossen ihren Weg und ist damit ein Vorbild für viele Frauen, die sich mit der strukturellen Benachteiligung nicht länger abfinden wollen. In ihrem wichtigen Engagement sind sie und die Aktivistinnen der GLU auch auf die internationale Solidarität angewiesen, um die Situation der Textilarbeiterinnen am Ende der internationalen Lieferkette nicht eskalieren zu lassen. Die Auszeichnung mit dem 17. Bremer Solidaritätspreis wäre hierfür ein wichtiges Zeichen der Unterstützung.

Ref. 32 /EZ 25.01.2021

Begründung des Kuratoriums für den Senat zur Vergabe des 17. Bremer Solidaritätspreises

Vorbemerkung: Der 17. Bremer Solidaritätspreis wurde zum Thema Engagement gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen ausgeschrieben. Es gingen 30 Nominierungen ein – fast doppelt so viele wie in anderen Jahren. Dies zeigt einerseits, welch‘ große Öffentlichkeit der Bremer Solidaritätspreis bei seinen Ausschreibungen erreicht. Es zeigt zudem aber in erschütternder Weise, welches Ausmaß Gewalt gegen Frauen und Mädchen weltweit annimmt. Während der COVID-19-Pandemie haben die Gewalttaten gegen Frauen und Mädchen in vielen Ländern noch einmal deutlich zugenommen – auch in Deutschland.

Das Kuratorium hat sich in seiner Sitzung am 3. Dezember 2020 intensiv mit den 30 eingegangenen Nominierungen auseinandergesetzt. Die vielen unterschiedlichen Formen von Gewalt, die Frauen und Mädchen weltweit angetan wird - in ihrer Brutalität, ihrer Erbarmungslosigkeit und ihrem Zynismus - haben das Kuratorium erschüttert. Es macht jedoch Mut zu sehen, wie viele Akteurinnen und Akteure sich überall auf der Welt gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen und für Frauenrechte engagieren. Das sehr unterschiedliche Engagement aller Nominierten ist beeindruckend und unterstützenswert und kann vor diesem Hintergrund gar nicht hoch genug bewertet werden.

Nach eingehender Beratung und Würdigung der Nominierungen hat das Kuratorium sich einstimmig auf die Favorisierung einer Nominierung geeinigt. Das Kuratorium schlägt dem Bremer Senat als Preisträgerin für den 17. Bremer Solidaritätspreis **Frau Rukmini Vaderapura Puttaswamy aus Indien** vor.

> **Rukmini Vaderapura Puttaswamy** Aktivistin, Frauenrechtlerin, Präsidentin und Mitbegründerin der ausschließlich von Frauen fgeführten Gewerkschaft *Garment Labour Union* (GLU) sowie der Fraueninitiative „Vorwärts marschieren“ (*Munnade*), seit 20 Jahren engagierte Vorkämpferin für die Rechte der Arbeiter*innen in der Textilindustrie und leidenschaftliche Aktivistin gegen geschlechtsspezifische Gewalt

Das Kuratorium begründet seinen Vorschlag wie folgt:

Vorüberlegungen

Der Bremer Solidaritätspreis war seit jeher auch ein politischer Preis. Der Senat hat mit der Preisvergabe die Möglichkeit, nicht nur herausragendes entwicklungspolitisches Engagement

auszuzeichnen, sondern die Vergabe des Preises als Möglichkeit zu nutzen, grundlegende strukturelle Probleme in globalen Zusammenhängen aufzugreifen sowie politische und gesellschaftliche Fehlentwicklungen anzusprechen und eine differenzierte öffentliche Diskussion dazu anzuregen, in Bremen und darüber hinaus.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen stellt weltweit eine der häufigsten Formen von Menschenrechtsverletzungen dar. Die Formen der Gewalt sind vielfältig. Sie reichen von physischer Gewalt, über psychische, emotionale, sexualisierte Gewalt sowie strukturelle Gewalt und schließen Diskriminierung, Einschüchterung, Bedrohung und Ausbeutung ein. Gewalt findet sowohl im privaten Kontext als häusliche Gewalt, aber ebenso im öffentlichen Raum und in der Gesellschaft als strukturelle Gewalt statt. Die Gründe für Gewalt sind vielschichtig und liegen oftmals in den patriarchalen Strukturen und den vorherrschenden traditionellen Geschlechterrollenbildern. Gewalt ist immer auch Ausdruck ungleicher Machtverhältnisse.

Mit dem 17. Bremer Solidaritätspreis sollen daher Personen, Organisationen oder Initiativen ausgezeichnet werden, die sich in besonderer Weise in ihrem lokalen oder nationalen Umfeld gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen einsetzen, beispielsweise durch Prävention, Lobbyarbeit für strukturelle Veränderungen wie verbesserte rechtliche oder politische Rahmenbedingungen, Empowerment und konkrete Unterstützung der betroffenen Frauen und Mädchen. Mit ihrem Engagement positionieren sich die Akteurinnen und Akteure gegen die gesellschaftlichen Gegebenheiten und Umstände. Die öffentliche Aufmerksamkeit durch die Auszeichnung soll daher auch dem Schutz der Nominierten dienen.

Engagement der Nominierten

Indien ist ein ausgeprägt frauenfeindliches und für Frauen und Mädchen gefährliches Land. Zudem ist Indien für die prekären Beschäftigungsverhältnisse in der Textilbranche bekannt. Bangalore, die Hauptstadt des indischen Bundesstaats Karnataka wird als indisches „*Silicon Valley*“ bezeichnet. Die Stadt ist aber auch für die dort ansässige Textilindustrie bekannt, in der in mehr als 1.000 Fabriken etwa eine halbe Million Arbeiter*innen beschäftigt sind. Die meisten von ihnen sind Frauen.

Die Arbeitsbedingungen vor Ort sind geprägt von einem hohen Arbeitsdruck und einem unrealistischen Produktionssoll sowie die Existenz nicht absichernden Löhnen. Hinzu kommen Diskriminierung und Demütigung; Gewalt und die sexuelle Belästigung und Ausbeutung durch Vorgesetzte oder Vorarbeiter und Kollegen ist an der Tagesordnung. Trotz dieser Umstände sind nur etwa fünf Prozent der Arbeiter*innen Mitglied einer Gewerkschaft, da dies aktiv von

den Vorgesetzten behindert und von den Arbeitgebern oftmals mit Schikane und Druck sanktioniert wird. Zudem kennen viele Arbeiter*innen ihre Rechte nicht, auch das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Arbeitslohn führt dazu, dass Ausbeutung und sexualisierte Misshandlung erduldet werden.

Rukmini Vaderapura Puttaswamy lebt in Bangalore und kennt die Arbeitsbedingungen aus eigener Erfahrung. Seit Beginn ihres Berufslebens als Textilarbeiterin macht sie auf die Missstände aufmerksam und hat trotz massiver Einschüchterungsversuche nie nachgelassen, für die überwiegend weiblichen Beschäftigten in den Textilfabriken zu kämpfen. Als Aktivistin und Frauenrechtlerin geht sie seit zwanzig Jahren couragiert und entschlossen ihren Weg. Sie ist damit ein Vorbild für viele Frauen, die sich mit der strukturellen Benachteiligung nicht länger abfinden wollen. Frau Puttaswamy kämpft gegen Diskriminierung, geschlechtsspezifische Benachteiligung und gender based violence (gbv) in der patriarchalisch geprägten indischen Gesellschaft und greift damit wichtige Tabuthemen auf.

Im Jahr 2004 gründet sie mit anderen Frauen die gemeinnützige Frauenorganisation *Munnade* („Vorwärts marschieren“) und wird eine der Haupt-Koordinatorinnen. Die Organisation klärt Frauen über ihre Rechte auf, setzt sich gegen häusliche Gewalt und das männlich dominierte Gesellschaftsbild ein und unterstützt die Opfer von Diskriminierung und Ausbeutung. Als Frau Puttaswamy im Jahr 2006 zur Generalsekretärin der Gewerkschaft *Garment and Textile Workers Uni*on (GATWU) gewählt wird, nehmen die Beschimpfungen und Einschüchterungsversuche ihres Arbeitgebers zu, um sie zur Aufgabe ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit zu zwingen. Frau Puttaswamy engagiert sich jedoch weiter, wird zunächst suspendiert und dann freigestellt. In der Gewerkschaft machen sie und ihre Kolleginnen die Erfahrung, dass sie auch hier Opfer sexueller Übergriffe werden. Die zentralen von Männern geführten Gewerkschaften haben die Interessen der weiblichen Belegschaft in den Fabriken nicht explizit im Blick. Zudem werden keine Räume geschaffen, die dem Thema sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt die nötige Aufmerksamkeit und Sensibilität schenken. Anlaufstellen für betroffene Frauen gibt es kaum, darüber zu sprechen ist tabu.

Diese Erfahrung inspiriert die Aktivistinnen 2006 ihre eigene Gewerkschaft zu gründen: die ausschließlich von Frauen geführte Gewerkschaft Garment Labour Union (GLU). Frau Puttaswamy will sich hiermit auch traditionellen Rollenbildern in der indischen Gesellschaft entgegenstellen, die Frauen als das schwächere Geschlecht darstellen, das nicht in der Lage ist, Verantwortung zu übernehmen. Seit 2006 sind Munnade und GLU unter einem Dach vereint und bilden eine starke unabhängige Institution. Gemeinsam kämpfen die Aktivistinnen für den Schutz der Arbeitsrechte, für angemessene Löhne und dafür, dass Frauen sich

organisieren können. Sie beraten die Näher*innen in arbeitsrechtlichen Fragen, bei der täglichen Lebensführung und bei häuslicher Gewalt. Sie bieten Trainings und Aufklärungsseminare am Wochenende an und rufen zu Demonstrationen auf. Sowohl von den zentralen Gewerkschaften, als auch vom Fabrikmanagement und den globalen Unternehmen wurden die Aktivistinnen zunächst nicht ernst genommen und diskreditiert. Mittlerweile ist GLU mit ihrer Präsidentin Rukmini Vaderapura Puttaswamy jedoch national und auch international als wichtige Gesprächspartnerin angesehen.

Seit 2013 gibt es in Indien zwar ein Gesetz, um Arbeiterinnen vor sexuellen Übergriffen zu schützen, doch aus Scham und Angst vor Jobverlust werden viele Belästigungen nicht angezeigt. Als Präsidentin der GLU fordert Frau Puttaswamy daher auf allen Ebenen Aktivitäten gegen geschlechtsspezifische Gewalt. Es ist auch ihrer Beharrlichkeit zu verdanken, dass das Schweigen gegenüber gender based violence (gbv) in einem der bedeutendsten Wirtschaftszeige endlich gebrochen wurde.

Fazit

Die Arbeitsbedingungen in Textilfabriken in vielen Ländern des globalen Südens sind nicht erst seit dem Brand in der Fabrik Rana Plaza in Bangladesch bekannt. Mangelnder Arbeitsschutz, nicht existenzsichernde Löhne und Kinderarbeit sind in diesem Zusammenhang Problematiken, die international oft diskutiert, aber nicht annähernd behoben wurden. Die strukturelle und die sexualisierte Ausbeutung von Frauen in diesem Bereich, die neben ökonomischer Ausbeutung auch noch sexuellen Übergriffen, Misshandlungen, Schlägen, Drohungen und Einschüchterungsversuchen ausgesetzt sind, ist jedoch bisher kaum thematisiert. Vorgesetzte und Arbeitgeber nutzen systematisch die ökonomische Abhängigkeit der Textilarbeiterinnen, für sexualisierte Misshandlung und Unterdrückung.

Die wichtige Arbeit von Rukmini Vaderapura Puttaswamy und der Frauengewerkschaft GLU für die Textil-Arbeiter*innen, die am Ende der internationalen Lieferkette stehen, setzt daher an einem strukturellen Problem an. Die Auszeichnung von Frau Puttaswamy mit dem Bremer Solidaritätspreis wäre ein wichtiges Signal an die engagierten Gewerkschafterinnen, dass ihr solidarischer und mutiger Einsatz international wahrgenommen und unterstützt wird. Mit ihrem Engagement ist die GLU ein leuchtendes Beispiel und könnte Ausstrahlungskraft für eine Region entwickeln, in der viele Arbeiter*innen unter Menschen verachtenden Arbeitsbedingungen für den globalen Weltmarkt produzieren. Das Engagement zeigt noch einmal deutlich die große Bedeutung auf, dass internationale Unternehmen ihren Sorgfaltspflichten nachkommen, die Arbeitsbedingungen vor Ort zu verbessern und auch den Schutz der weiblichen Belegschaft vor geschlechtsspezifischer und sexualisierter Gewalt zu

gewährleisten. Der Bremer Senat kann mit dieser Auszeichnung ein politisches Signal setzen und auch die dringende Verabschiedung des geplanten Lieferkettengesetzes so unterstützen.

Bremen setzt sich zudem seit langem für Fairen Handel und nachhaltige Beschaffung ein. Die öffentliche Aufmerksamkeit für den Preis gibt die Möglichkeit, auch Bürger*innen und Konsument*innen erneut die eigene Verantwortlichkeit, aber auch Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, durch nachhaltigen Einkauf und Forderung von fairen Arbeitsbedingungen in der gesamten Lieferkette Solidarität mit den Arbeiter*innen in der Textilbranche zu zeigen.

Frau Puttaswamy wird für ihr Engagement als Vorkämpferin, aber auch stellvertretend für die Frauengewerkschaft GLU, ausgezeichnet. Die Öffentliche Wahrnehmung soll auch dazu beitragen, die Aktivistinnen vor weiteren Bedrohungen und Einschüchterungsversuchen zu schützen.

Anwesende stimmberechtigte Mitglieder des Kuratoriums

- Dr. Bernd Bornhorst, misereor und Vorstand VENRO
- Bärbel Dieckmann, Oberbürgermeisterin a.D.
- Prof. Dr. Peter Eigen, Transparency International; HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform
- Prof. Dr. h.c. Cornelia Füllkrug-Weitzel, Brot für die Welt
- Botschafter a. D. Harald Ganns, Senior Advisor, Vereinte Nationen in Bonn
- Gertraud Gauer-Süß, biz- Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung
- Dr. Monika Hauser, medica mondiale e. V.
- Monika Hoegen, entwicklungspolitische Fachjournalistin und Moderatorin
- Horst Janus, Bremische Evangelische Kirche
- Bernd Schleich, Nachhaltigkeitsbeauftragter a.D. der GIZ
- Michael Windfuhr, Deutsches Institut für Menschenrechte

Schriftliche Voten

- Annette Düring, Deutscher Gewerkschaftsbund, Region Bremen-Elbe-Weser

Für die Freie Hansestadt Bremen / Senatskanzlei (ohne Stimmrecht)

- Birgitt Rambalski
- Silke Goethe
- Annkatrin Christ